

Leere Schulhöfe drohen

Basellandschaftliche
Zeitung 10.3.12

Privatschulen Nach dem Landratsentscheid zittern Rudolf-Steiner-Schulen um ihre Zukunft

BOJAN STULA

Arm an emotionalen Ereignissen war der Auftakt zur Spardebatte im Baslerbieter Landrat nicht: der Wirbel um nicht und falsch gedruckte Abstimmungsknöpfe beim öffentlichen Verkehr; die mit einer Stimme Unterschied beschlossene Abschaffung der Berufsvorbereitenden Schule 2. Und doch gab es nur einen Moment, in dem SP-Landrat Marc Joset seine loyal-distinguiertere Rolle als Präsident der Finanzkommission abstreifte und quasi in eigener Sache das Wort ergriff: «Man darf sich keine Illusionen machen. Den Privatschulen werden ab sofort zwei Millionen Franken im Jahr fehlen.»

Dieser eindringliche Appell verhallte ungehört. Der Landrat folgte mit 51 zu 33 Stimmen dem Kommissionsvorschlag und stellte es den Gemeinden frei, ob und wie stark sie künftig Eltern den Privatschulbesuch ihrer Kinder mitfinanzieren wollen. Bisher erhielten diese vom Kanton 2500 Franken pro Kind im Jahr. Mit dem Entlastungspaket schiebt der Kanton diese finanzielle Aufgabe an die Gemeinden ab.

Gewiss, der Paragraph 100, in dem es um Beiträge an den Privatschulbesuch geht, ist Teil des Entlastungsgesetzes, worüber im Parlament erst am 22. März definitiv abgestimmt wird und danach am 17. Juni mit allergrösster Wahrscheinlichkeit das Volk entscheidet. Trotzdem rückt für die Baslerbieter Privatschulen der Moment der Wahrheit immer näher, in dem sich selbst Mittelstand-Eltern den Privatschulbesuch ihrer Kinder kaum mehr werden leisten können.

Überrumpelt vom Sparpaket

Das weiss auch Daniel Hering, Sprecher der regionalen Rudolf-Steiner-Schulen. Diese werden vom Sparentscheid besonders stark betroffen sein. Vom Entlastungspaket einigermaßen überrumpelt, organisierten die Privatschulen ihren Widerstand erst in letzter Minute; unter anderem mit einem Brief an alle Landräte und der Kinder-Taleraktion vor Beginn der gestrigen Sitzung (bz von gestern). Hering hat ausgerechnet, dass alleine an der Steiner-Schule Birseck 79 von rund 273 Familien an ihre finanziellen Grenzen stossen werden, sobald

An der Rudolf-Steiner-Schule Birseck wäre ein Drittel der Eltern von der Kürzung betroffen.

der staatliche Zuschuss wegfällt. «Das Bruttoeinkommen liegt im Schnitt bei 6700 Franken pro Monat. Bei zwei Kindern fehlt dann fast ein Nettogehalt. Das geht ans Existenzielle. Für eine Reihe von Familien ist das der Abschied von der Steinerschule.»

Für die Grüne Marie-Theres Beeler war schon im Landrat klar, dass insbesondere die sozial geführten Privatschulen unter dem Sparbeschluss leiden werden. Denn im Gegensatz zu einer «International School» haben die Steiner-Schulen keinen Spielraum zur Kompensation. Wegfallende Schulgelder könnten einzig durch tiefere Lehrerlöhne wettgemacht werden. Doch verdient eine allein stehende Rudolf-Steiner-Lehrperson jetzt schon bloss 4200 Franken im Monat. «Noch tiefer geht nicht», ist Hering überzeugt.

Was also tun? Vorerst richtet die IG Basler Privatschulen ihre Hoff-

nung auf eine Wende bei der zweiten Lesung im Landrat und der Volksabstimmung am 17. Juni. «Wir werden im Hinblick darauf unseren Widerstand weiter deutlich machen», kündigt Hering an. Ein Worst-Case-Szenario gebe es derzeit aber noch nicht.

«Faktisch heisst dies dann Abschied von der Steiner-Schule.»

Daniel Hering, Steiner-Schulen
Region Basel

Klar scheint einzig, dass die Privatschulen lieber nicht allzu viel Hoffnungen auf die Grosszügigkeit der Gemeinden setzen sollten. Nicht zufällig übten die Gemeinden starken Druck aus, im Paragraph 100 die von der Regierung geforderte Verpflichtung zur Übernahme der 2500 Fran-

ken durch eine Kann-Formulierung zu ersetzen. Von den 86 Baslerbieter Kommunen richtet bisher einzig Arlesheim Zuschüsse für Privatschulen aus. Selbst wenn sich einzelne Gemeinden dazu entschlossen, verginge viel Zeit, bis die entsprechenden Verordnungen den gesetzgebenden Prozess durchlaufen hätten.

Etwas realitätsfremd erscheint deshalb die Auffassung von GLP-Landrat Hans Furer, dass der Kann-Artikel auch eine Chance für die Privatschule-Eltern darstellt, künftig von den Gemeinden mehr Geld als bisher vom Kanton zu erhalten. Trotzdem hat die Aescher Gemeindepräsidentin Marianne Hollinger vorsorglich schon einmal angedroht, dass die Gemeinden dem Kanton die Liebe aufkündigen werden, sollte die Verschiebung der Schulgeld-Beiträge im neuen Finanzausgleich nicht angemessen berücksichtigt sein.

Schein-Sparmassnahme für Kurzsichtige

bz vom 10. 3.: Leere Schulhöfe drohen
bz 14.3.12

Die Streichung der kantonalen Schulgeldbeiträge an Eltern, deren Kinder nicht staatliche Schulen besuchen, wird langfristig zu erheblichen Mehrkosten für den Kanton und die Gemeinden führen. Kinder, deren Eltern die Schulgeldbeiträge nicht mehr bezahlen können, werden in Zukunft an die Volksschule kommen. Da viele Volksschulen jetzt schon randvoll sind, kann es leicht passieren, dass die Maximalgrösse wegen dieser Kinder überschritten und eine neue teure Klasse eröffnet werden muss. Eine neue Klasse kommt den Steuerzahler weit teurer als die jährliche Pro-Kind-Pauschale von 2500 Franken. Deshalb Nein zu dieser kurzsichtigen Schein-Sparmassnahme.